Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit Covid-19 (Härtefallverordnung-SO)

Vom 7. Dezember 2020

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn

gestützt auf Artikel 12 f. des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) vom 25. September 2020¹⁾, die Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) vom 25. November 2020²⁾, Artikel 79 Absatz 4 der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986³⁾ und § 128 Absatz 3 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) vom 1. Dezember 1985⁴⁾

beschliesst:

I.

1. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Zweck

¹⁾ Diese Verordnung bezweckt die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Unterstützung von Unternehmen, welche aufgrund der Natur ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit von den vom Bund angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 im Sinne eines Härtefalls besonders betroffen sind.

§ 2 Verhältnis zu den Massnahmen des Bundes

¹⁾ Die finanzielle Beteiligung des Bundes an den vom Kanton gewährten Härtefallmassnahmen richtet sich nach Artikel 12 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) vom 25. September 2020⁵⁾.

1) [SR 818.102.](#)

2) [SR 951.262.](#)

3) [BGS 111.1.](#)

4) [BGS 614.11.](#)

5) [SR 818.102.](#)

² Die nachfolgenden Bestimmungen stehen unter dem Vorbehalt der Bestätigung durch den Bund, dass diese Verordnung den Vorgaben der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) vom 25. November 2020¹⁾ entspricht.

§ 3 Zuständigkeiten

¹ Die Fachstelle Standortförderung ist zuständig für:

- a) die Entgegennahme und Prüfung von Gesuchen;
- b) den Entscheid über die Gewährung von Härtefallmassnahmen namens des Departements;
- c) die Durchführung von Rückerstattungsverfahren gemäss § 20;
- d) die angemessene Bewirtschaftung der ausstehenden Forderungen selber oder durch die Bürgschaftsorganisation;
- e) die Ergreifung geeigneter Massnahmen zur Wiedereinbringung des Forderungsbetrages bei Eintritt von Bürgschaftsverlusten selber oder durch die Bürgschaftsorganisation.

² Die Fachstelle Standortförderung wird insbesondere unterstützt vom Steueramt, vom Amt für Wirtschaft und Arbeit betreffend Arbeitslosenkasse und Arbeitsinspektorat, vom Amt für Finanzen betreffend kantonales Einwohnerregister und Auszahlung, von der Bürgschaftsorganisation, vom kantonalen Konkursamt und von den Betreibungsämtern für Abklärungen und Datenbekanntgaben im Rahmen der Gesuchsprüfung.

³ Die Fachstelle Standortförderung, das Steueramt, das Amt für Wirtschaft und Arbeit, das Amt für Finanzen, die Bürgschaftsorganisation, das kantonale Konkursamt und die Betreibungsämter können sämtliche Personendaten bearbeiten, die sie zur Erfüllung der Aufgaben gemäss dieser Verordnung benötigen.

⁴ Die Fachstelle Standortförderung darf zur Gesuchsprüfung Dritte beiziehen. Die Absätze 2 und 3 sowie § 17 sind analog anwendbar.

2. Arten und Höchstgrenzen von Härtefallmassnahmen

§ 4 Härtefallbeiträge

¹ Die Fachstelle Standortförderung gewährt in erster Linie nicht rückzahlbare Härtefallbeiträge.

² Die Höhe des nicht rückzahlbaren Härtefallbeitrages beläuft sich pro Unternehmen auf höchstens 10 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes 2018 und 2019, jedoch auf höchstens 100'000 Franken.

³ Für Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2017 gegründet worden sind, gilt der nach § 8 Absatz 2 berechnete Umsatz als durchschnittlicher Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019.

¹⁾ SR [951.262](#).

§ 5 *Solidarbürgschaft*

¹ Erreicht ein Unternehmen den maximalen Härtefallbeitrag von 100'000 Franken, kann die Fachstelle Standortförderung unter Vorbehalt von Absatz 2 und § 6 zusätzlich zu einem Härtefallbeitrag eine Solidarbürgschaft durch eine Bürgschaftsorganisation zusichern, sofern der verbürgte Kredit mindestens 50'000 Franken beträgt.

² Die Höhe der vom Kanton mittels einer Bürgschaftsorganisation eingegangenen Bürgschaft beträgt pro Unternehmen höchstens 25 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes 2018 und 2019 jedoch höchstens 500'000 Franken (inkl. Zinszahlungen und Spesen).

³ Die Dauer einer Solidarbürgschaft nach dieser Verordnung beträgt höchstens zehn Jahre. Die nach dieser Verordnung gewährten Kredite sind innerhalb dieser Frist vollständig zu amortisieren.

⁴ Für Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2017 gegründet worden sind, gilt der nach § 8 Absatz 2 berechnete Umsatz als durchschnittlicher Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019.

⁵ Die Bürgschaft wird von der Bürgschaftsorganisation gewährt unter Verlustdeckung von 100 Prozent durch den Kanton. Die Fachstelle Standortförderung schliesst dazu mit der Bürgschaftsorganisation eine Leistungsvereinbarung ab. In der Leistungsvereinbarung werden insbesondere festgelegt:

- a) Art, Umfang und Abgeltung von Leistungen, die von der Bürgschaftsorganisation zu erbringen sind;
- b) die weiteren Rahmenbedingungen der Gewährung der Solidarbürgschaft;
- c) die Abwicklung von Regressforderungen;
- d) die für die Abrechnung erforderliche Verlustdokumentation;
- e) das Vorgehen im Streitfall;
- f) die Vertragsdauer und -kündigung.

⁶ Der Bürgschaftsnehmer bzw. die Bürgschaftsnehmerin darf seine bzw. ihre Rechte und Pflichten aus dieser Verordnung oder aus dem Bürgschaftsvertrag weder abtreten noch sonst wie übertragen.

§ 6 *Kumulation von Härtefallbeiträgen*

¹ Pro Unternehmen darf die rückzahlbare und die nichtrückzahlbare Unterstützung gesamthaft nicht mehr als 25 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes 2018 und 2019 und höchstens 600'000 Franken betragen.

² Für Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2017 gegründet worden sind, gilt der nach § 8 Absatz 2 berechnete Umsatz als durchschnittlicher Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019.

3. Anforderungen an die Unternehmen

§ 7 *Branchen, Rechtsform und UID-Nummer*

¹ Anspruchsberechtigt sind insbesondere Unternehmen in der Wertschöpfungskette der Eventbranche, Schausteller, Dienstleister der Reisebranche, Gastronomie- und Hotelleriebetriebe sowie touristische Betriebe, die

- a) ihren Sitz seit dem 1. Oktober 2020 im Kanton Solothurn haben;

GS 2020, 79

- b) als Einzelunternehmung, Personengesellschaft oder juristische Person konstituiert sind; und
- c) über eine Unternehmens-Identifikationsnummer (UID-Nummer) verfügen.

§ 8 *Zeitpunkt der Gründung und Umsatz*

¹ Das Unternehmen belegt, dass:

- a) es vor dem 1. März 2020 ins Handelsregister eingetragen worden ist oder, bei fehlendem Handelsregistereintrag, vor dem 1. März 2020 gegründet worden ist;
- b) es im Durchschnitt der Jahre 2018 und 2019 einen Umsatz von mindestens 50'000 Franken erzielt hat;
- c) seine Lohnkosten überwiegend im Kanton Solothurn anfallen.

² Hat das Unternehmen die Geschäftstätigkeit auf den 1. Januar 2020 oder später aufgenommen oder wurde es 2019 oder 2018 gegründet und sind darum die Geschäftsjahre 2019 oder 2018 überlang, so gilt als durchschnittlicher Umsatz nach Absatz 1 Buchstabe b der Umsatz, der zwischen dem 1. Januar 2018 und dem 29. Februar 2020 erzielt wurde, berechnet auf 12 Monate.

§ 9 *Vermögens- und Kapitalsituation*

¹ Das Unternehmen hat zu belegen, dass es:

- a) profitabel oder überlebensfähig ist;
- b) die Massnahmen, die zum Schutz seiner Liquidität und seiner Kapitalbasis nötig sind, ergriffen hat;
- c) keinen Anspruch auf branchenspezifische Covid-19-Finanzhilfen des Bundes in den Bereichen Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr oder Medien hat.

² Als profitabel oder überlebensfähig gilt ein Unternehmen, das:

- a) zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet ist und zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 31. Dezember 2019 nicht überschuldet war;
- b) sich zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht in einem Konkursverfahren oder in Liquidation befindet;
- c) sich am 15. März 2020 nicht in einem Betreibungsverfahren für Sozialversicherungsbeiträge befindet;
- d) über einen Nachweis der Überlebensfähigkeit verfügt, der glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme gesichert werden kann.

§ 10 *Umsatzrückgang*

¹ Das Unternehmen belegt, dass sein Jahresumsatz 2020 in Zusammenhang mit behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie unter 60 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes der Jahre 2018 und 2019 liegt.

² Für Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2017 gegründet worden sind, gilt der nach § 8 Absatz 2 berechnete Umsatz als durchschnittlicher Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019.

§ 11 *Einschränkung der Verwendung*

¹ Das Unternehmen bestätigt gegenüber dem Kanton, dass es:

- a) keine Dividenden oder Tantiemen ausschüttet oder Kapitaleinlagen rückerstattet und keine Darlehen an seine Eigentümer und Eigentümerinnen vergibt:
 - 1. während fünf Jahren nach Erhalt eines Härtefallbeitrages oder bis zu dessen freiwilligen Rückzahlung an den Kanton;
 - 2. während der gesamten Laufzeit der Bürgschaft;
- b) die ihm gewährten Mittel nicht an eine mit ihm direkt oder indirekt verbundene Gruppengesellschaft, die ihren Sitz nicht in der Schweiz hat, überträgt; zulässig ist jedoch insbesondere das Erfüllen vorbestehender ordentlicher Zins- und Amortisationszahlungspflichten innerhalb einer Gruppenstruktur.

§ 12 *Ausschluss der Anspruchsberechtigung*

¹ Nicht anspruchsberechtigt sind Unternehmen

- a) an deren Kapital Bund, Kantone oder Gemeinden mit mehr als 12'000 Einwohnerinnen und Einwohnern insgesamt zu mehr als 10 Prozent beteiligt sind;
- b) die im Kanton weder eine Geschäftstätigkeit ausüben noch eigenes Personal beschäftigen.

4. Verfahren

§ 13 *Gesuchsformular*

¹ Das Gesuch ist mit Originalunterschrift der zeichnungsberechtigten Personen per Post sowie als Scan in elektronischer Form bei der Fachstelle Standortförderung über die vom Kanton bezeichneten digitalen Kanäle einzureichen. Die Unterlagen zum Gesuch sind ausschliesslich in elektronischer Form einzureichen.

² Unternehmen haben das Gesuchsformular vollständig auszufüllen und sämtliche einverlangten Unterlagen gemäss § 16 einzureichen. Unvollständige Gesuche können ohne Begründung abgelehnt oder in der Bearbeitung zurückgestellt werden.

³ Fragen zum Gesuch können bei der Fachstelle Standortförderung in digitaler Form gestellt werden. Eine Rückmeldung erfolgt primär auf demselben Weg oder durch eine telefonische Kontaktaufnahme vonseiten der Fachstelle Standortförderung.

§ 14 *Frist zur Gesuchseinreichung*

¹ Gesuche können bis spätestens 30. Juni 2021 eingereicht werden. Verspätet eingereichte Gesuche werden ohne weitere Begründung abgelehnt.

§ 15 *Eintretensvoraussetzung*

¹ Auf Gesuche um Gewährung von Härtefallmassnahmen von Unternehmen, welche ihren Sitz gemäss Handelsregistereintrag oder UID-Register per 1. Oktober 2020 nicht im Kanton Solothurn haben, wird nicht eingetreten. Im falschen Kanton eingereichte Gesuche werden nicht weitergeleitet.

GS 2020, 79

§ 16 *Einzureichende Unterlagen*

¹ Unternehmen, welche Härtefallmassnahmen im Sinne dieser Verordnung beantragen, haben folgende Unterlagen einzureichen:

- a) vollständig ausgefülltes Gesuch gemäss § 13 Absatz 1;
- b) Auszug aus dem Betreibungsregister (Ausstellungsdatum höchstens 30 Tage vor Antragstellung);
- c) Auszug aus dem Handelsregister (Ausstellungsdatum höchstens 30 Tage vor Antragstellung);
- d) Liquiditätsplan;
- e) letzte definitive Steuerverfügung (falls steuerpflichtig);
- f) Jahresabschlüsse 2018 und 2019 (revidierte Jahresrechnung mit Bericht der Revisionsstelle, falls das Unternehmen der Revisionspflicht unterliegt);
- g) definitiver Jahresabschluss 2020; soweit dieser noch nicht vorliegt, ist die provisorische Fassung einzureichen;
- h) die Mehrwertsteuerabrechnung 2018, 2019 und 2020, soweit nicht mehrwertsteuerpflichtig entsprechende Selbstdeklaration.

² Zur Überprüfung der Anforderungen an die Unternehmen gemäss dieser Verordnung, kann die Fachstelle Standortförderung weitere Belege einverlangen.

³ Soweit keine Unterlagen einverlangt werden, gelten die im Gesuch gemachten Angaben als verbindliche Selbstdeklaration. Es kann eine stichprobenweise Überprüfung erfolgen.

§ 17 *Datenbekanntgabe*

¹ Die Fachstelle Standortförderung wird ermächtigt, bei anderen Amtsstellen von Bund und Kantonen Daten zum betreffenden Unternehmen einzuholen oder diesen Amtsstellen Daten zum betreffenden Unternehmen bekannt zu geben, soweit dies für die Überprüfung der Anforderungen an die Unternehmen gemäss dieser Verordnung, die Bewirtschaftung der Unterstützungen und die Missbrauchsbekämpfung nötig ist.

² Das Steueramt kann der Fachstelle Standortförderung die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Auskünfte aus Steuerakten erteilen.

5. Gewährung von Härtefallmassnahmen

§ 18 *Grundsatz*

¹ Sofern die Voraussetzungen gemäss dieser Verordnung erfüllt sind, kann die Fachstelle Standortförderung Härtefallmassnahmen, den Bundes- und den Kantonsbeitrag umfassend, gewähren.

² Das Departement entscheidet abschliessend über die Gewährung von Härtefallmassnahmen.

³ Auf die Gewährung von Härtefallmassnahmen gemäss dieser Verordnung besteht kein Rechtsanspruch.

§ 19 *Entscheid über die Gewährung von Härtefallmassnahmen*

¹ Die Bewilligung des Gesuchs auf Härtefallmassnahmen erfolgt für

- a) Härtefallbeiträge durch Verfügung an das Unternehmen;

- b) Bürgschaftszusicherungen durch einfache Mitteilung an das Unternehmen unter Vorbehalt des Abschlusses des Bürgschaftsvertrages mit der Bürgschaftsorganisation und des Kreditvertrages mit einem Finanzinstitut mit Schweizer Bankenlizenz.

² Die Abweisung oder das Nichteintreten erfolgt durch einfache Mitteilung an das Unternehmen.

§ 20 *Rückforderung von Härtefallmassnahmen*

¹ Leistungen gemäss dieser Verordnung werden von einem Unternehmen ganz oder teilweise zurückgefordert,

- a) falls nachträglich Tatsachen bekannt werden, die das Unternehmen im Zusammenhang mit der Beantragung einer Härtefallmassnahme gemäss dieser Verordnung nicht, nicht vollständig oder falsch deklariert hat und aufgrund derer die gewährte Härtefallmassnahme hätte verweigert werden müssen;
- b) falls § 11 dieser Verordnung nicht eingehalten wird.

² Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) vom 15. November 1970¹⁾.

§ 21 *Befristung*

¹ Diese Verordnung gilt längstens bis zum 31. Dezember 2021.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

¹⁾ BGS [124.11](#).

IV.

Die Verordnung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft. Vorbehalten bleibt die Genehmigung des Kantonsrates und des Staatssekretariats für Wirtschaft. Die Verordnung gilt längstens bis zum 31. Dezember 2021.

Solothurn, 7. Dezember 2020

Im Namen des Regierungsrates

Brigit Wyss
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatschreiber

RRB Nr. 2020/1784 vom 7. Dezember 2020.
Vom Kantonsrat genehmigt am ... (KRB Nr. ...).